

Palästina Spricht Freiburg, 30.01.2024

Die Repression pro-palästinensischer Stimmen im Kontext der aktuell geplanten Veranstaltung „Über Palästina sprechen“ der LINKEN Freiburg

Die Bedeutung der Veranstaltung

Die von Die Linke Freiburg am 02. Februar 2024 geplante Veranstaltung schafft eine Plattform, auf der marginalisierte Stimmen Gehör finden, deren Erfahrungen und politische Ansichten sonst in der öffentlichen Auseinandersetzung ignoriert, stigmatisiert, tabuisiert und mit Repression verfolgt werden. Palästinenser*innen sehen sich in Deutschland einer ununterbrochenen Serie rassistischer Übergriffe und Verleumdungen ausgesetzt. Daher betrachten auch wir diese erschreckende Exklusion aus dem gesellschaftlichen Diskurs als einen gravierenden Defizit in der deutschen Demokratie und streben an, diesen Zustand durch unser Engagement zu verändern. Zudem fördert diese Veranstaltung die Vielfalt der politischen Perspektiven, indem sie den Vorsitzenden von Jüdische Stimme, Herrn Wieland Hoban, sowie eine Klimaaktivistin, Frau Elisa Bas, und Herrn Ramsy Kilani, ein Mitglied unserer Organisation, willkommen heißt.

Angriffe auf Meinungsfreiheit und Missbrauch von Macht

Mit Empörung nahmen wir zugleich die skandalösen Versuche wahr, diese Veranstaltung zu unterbinden, und verurteilen sie hiermit mit unmissverständlicher Klarheit als gezielte Angriffe auf die Meinungsfreiheit. Es ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft, dass die Stimmen der palästinensischen Gemeinschaft sowie ihrer Unterstützer*innen so häufig unterdrückt und systematisch zum Schweigen gebracht werden.

Die bedauerliche Absage des Veranstaltungsortes durch das Haus37 und die ungerechtfertigten Vorwürfe gegen Die Linke Freiburg sind nicht hinnehmbar, insbesondere da die Veranstaltung in der breiten Bevölkerung bei Weitem mehr Zuspruch als Ablehnung findet. Wir interpretieren daher den massiven Druck, dem aktuell Die Linke Freiburg wegen ihrer Verteidigung dieser Veranstaltung ausgesetzt ist, als den Missbrauch politischer und medialer Macht seitens der Wenigen, die gegen den Willen der Mehrheit handeln, um diese wichtigen Stimmen zu unterdrücken.

So mussten wir auch enttäuscht feststellen, dass selbst der neu festgelegte Veranstaltungsort, die Hebelschule, nach vorheriger Zusage kurzfristig von der Stadt Freiburg zurückgezogen wurde. Diese jüngste, nicht ganz unerwartete Absage verstärkt unsere Frustration und wirft ernsthafte Fragen über die Funktionsweise der Demokratie in Stadt Freiburg hinsichtlich der Meinungsfreiheit auf. Es ist äußerst frustrierend, da wir eindeutig erkennen, dass die Veranstaltung unter den Bürger*innen Freiburgs auf breite Zustimmung stößt.

Auch waren wir bestürzt über die Haltung der Linken Liste. Als gewählte Mitglieder*innen des Gemeinderats unterstützen sie das Stillschweigen und verraten damit die Grundprinzipien der Demokratie. Wir fordern sie dazu auf, sich ihrer Verantwortung als politische

Repräsentant*innen bewusst zu werden, indem sie, statt dazu beizutragen, Stimmen zu unterdrücken, nun anfangen, einen ausgewogenen und fairen Dialog zu fördern.

In der Vergangenheit ist es bereits häufig vorgekommen, sowohl innerhalb als auch außerhalb von Freiburg, dass Veranstaltungen, die über Palästina sprechen wollten, verhindert wurden. Die langhaltende systematische Unterdrückung palästinensischer Stimmen in Deutschland und vor Allem in unserer Stadt Freiburg ist ein Mittel, den Diskurs und die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken, die die Ungewissheit der Gesellschaft über die politische Lage in Palästina aufrechterhalten soll. Die Unterdrückung dieser Stimmen schürt die Angst und schränkt die Möglichkeiten der deutschen Gesellschaft ein, sich mit den Herausforderungen der palästinensisches Volks unter israelischer Besatzung und sein Recht auf Selbstbestimmung auseinanderzusetzen.

Forderung nach gewissenhaftem Journalismus

In diesem Kontext müssen wir auch die Rolle der Badischen Zeitung kritisieren, die Ausschnitte aus dem Statement der Israelitischen Gemeinde unkritisch in ihrem Artikel vom 23.01.2024 zitierte. Sie unterstützt Diffamierungsversuche, indem sie Anschuldigungen über Individuen oder Organisationen unhinterfragt und ungeprüft weiterverbreitet. Dies widerspricht jedem Grundsatz gewissenhaften Journalismus und der im deutschen Grundgesetz verfassten Pflicht der Medien, unparteiisch und objektiv zu berichten. Noch bedenklicher ist es, dass der beschuldigten Partei, in diesem Fall Ramsy Kilani und Palästina Spricht, nicht die Möglichkeit gegeben wird, sich im gleichen öffentlichen Rahmen zu diesen Anschuldigungen zu äußern.

Solidarität mit Die Linke Freiburg

Es ist mit aufrichtigem Bedauern festzustellen, dass die Partei Die Linke, die sich in einer inklusiven Art und Weise für eine kooperative Zusammenarbeit mit Partner*innen unterschiedlicher politischer Überzeugungen eingesetzt hat, in eine Lage gebracht wurde, in der ihre demokratischen Prinzipien und politische Integrität in Frage gestellt werden. Trotz des Drucks danken wir der Partei Die Linke dafür, dass sie die Debatte im Namen der Meinungsfreiheit aufrechterhält und einer in den etablierten Medien unterrepräsentierten Stimmen Sichtbarkeit verleiht. Denn nur dadurch kann die eindimensionale Darstellung, die heute von den meisten deutschen Medien vorangetrieben wird, in die Richtung einer ausgewogenen Diskussion bewegt werden.

Indes stehen wir solidarisch mit Die Linke Freiburg und rufen sie dazu auf, standhaft zu bleiben und sich nicht von den rückgratlosen Kritiker*innen einschüchtern zu lassen. Sie haben die Pflicht, eine Plattform für unterdrückte Stimmen zu bieten, besonders in Zeiten, in denen diese Stimmen am dringendsten gehört werden müssen.

Die Zunahme des Rassismus gegen die arabische Bevölkerung in Deutschland im Kontext der Veranstaltung und des Genozids in Gaza

Forderungen für Menschenrechte und internationales Recht

Unsere Organisation repräsentiert die Stimme des palästinensischen Volkes, mit dem wir solidarisch sind. Doch wir stehen auch in Solidarität mit allen anderen unterdrückten Völkern und Opfern von Gewalt, wer auch immer sie sind, wo auch immer sie sind.

Es ist ein Zeichen des heute stets zunehmenden Rassismus gegen Palästinenser*innen, Araber*innen und auch Muslimen, wenn das bloße Sprechen über Palästina als Bedrohung und Provokation dargestellt wird. Das palästinensische Volk hat das Recht, sich zu äußern, Forderungen zu stellen, zu protestieren und politisch aktiv zu sein.

Unsere Forderungen sind die Achtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und die Einhaltung des internationalen Rechts. Wir werden nicht schweigen, solange diese grundlegenden und legitimen Rechte dem palästinensischen Volk verwehrt bleiben.

Doppelmoral und Rassismus im gesellschaftlichen Diskurs

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollten einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ (Artikel 1 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)

In Gedanken an diesen Grundsatz möchten wir unsere tiefe Besorgnis und Empörung über die aktuelle Unterdrückung und den damit verbundenen Rassismus in Deutschland zum Ausdruck bringen – dies im Kontext der jüngsten Entwicklungen rund um die von Die Linke Freiburg geplanten Veranstaltung „Über Palästina sprechen“.

Diese Veranstaltung ist als Plattform gedacht, um über die komplexen und schmerzhaften Themen, die Palästina betreffen, aufzuklären und zu diskutieren. Die Absage des Veranstaltungsortes durch Haus37 und die Absage des zweiten Veranstaltungsorts durch die Stadt Freiburg, sowie die unsolidarische Haltung von Mitglieder*innen des Gemeinderats, sind bezeichnend für die Herausforderungen, denen wir uns als Gemeinschaft stellen müssen.

Die Tatsache, dass pro-israelische Veranstaltungen und Diskussionssendungen, die hoch polarisierenden und oft rechts radikalen Ansichten ein Podium bieten, nicht einer solchen Repression ausgesetzt werden, unterstreicht eine tief verwurzelte Doppelmoral und einen zunehmenden Rassismus gegenüber arabischen und muslimischen Gemeinschaften in Deutschland. Diese selektive Unterdrückung von Stimmen ist nicht nur ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, sondern verstärkt auch gefährliche Stereotypen und Feindseligkeiten, die unserer Gesellschaft schaden.

Rassismus in Freiburg

Während Israel vor dem Internationalen Gerichtshof unter Verdacht, einen Genozid in Gaza zu begehen, steht und am 26. Januar 2024 das Gericht Maßnahmen an Israel verhängte, um einen möglichen Genozid zu verhindern, missbraucht die Israelitische Gemeinde ihre Gedenkveranstaltungen in Freiburg und ihre Pressemitteilungen weiterhin für das Verbreiten israelischer Propaganda, die diesen Genozid zu rechtfertigen versucht. Durch die Reproduktion politischer Propaganda der israelischen Regierung ignoriert sie das Leid einer unter Besatzung lebenden Volks und den Mord an über 26.000 Menschen darunter 12.000 Kinder. Das Leiden einer unter Besatzung lebenden Bevölkerung wird weiterhin ignoriert und eine fortlaufende Tragödie wird gar nicht anerkannt. Dieses Verhalten resultiert aus einer sich zuspitzenden Doppelmoral und zeigt ein in ganz Deutschland verbreitetes und besorgniserregendes Muster des Rassismus gegenüber Palästinenser*innen.

Darüber hinaus haben zionistische Organisationen in Freiburg Palästina Spricht als antisemitisch bezeichnet. Dabei führen die ungleichen Verhältnisse innerhalb der Stadt Freiburg, geprägt durch den von diesen Gruppen unter dem Deckmantel der Neutralität ausgeübten Druck, dazu, dass jede Kritik an Israel ohne eine gründliche Prüfung dieser Vorwürfe unterdrückt wird. Dies steht im Einklang mit dem allgemeinen politischen Klima, das in Deutschland vorherrscht.

Aufruf zum Handeln

In einer Zeit, in der die Meinungsfreiheit von verschiedenen Seiten angegriffen wird und der Rassismus und Rechtsradikalismus wieder im Vormarsch sind, ist es umso wichtiger, sich gegen die Unterdrückung zu erheben und sich unerschütterlich für die grundlegenden Menschenrechte aller Gemeinschaften einzusetzen. Wir fordern alle Beteiligten auf, sich ihrer Verantwortung und der Priorität dieser Aufgabe bewusst zu werden und für eine gerechte, inklusive Gesellschaft zu kämpfen.

Mit solidarischen Grüßen,
Palästina Spricht Freiburg